

Volks-Zeitung

Funfundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise:

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher
Lieferung 7.50, bei vierteljährlicher
22.50 Dfl., durch die Post monatlich
8.25 Mk., bei halbjährlich 24.75 Mk.,
einjährig 27.00 Mk. Zusendungsgeld. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich. Zeitungswesen ist unter
einer Halle-Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Kodex nur mit der
Geltungsbekanntmachung. Halle,
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133
u. 1133, der Besuchs-Abt. Nr. 1133

Anzeigenpreise:

Die 8 gespaltenen 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unsere Geschäftsstellen u. sämtlich
Anzeigen-Konten. Erfüllungsort:
Halle. Ersetzt täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-
Geschäftsstelle: Halle, Neue Prom-
nade 1a, Dr. Reichenowstr. 17.
Lieben-Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Konten Leipzig Nr. 228 15

Nr. 360.

Halle, Donnerstag den 4. August 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Die Mahnung des Reichskanzlers.

D. K. An der Spitze des Deutschen Reiches steht wieder ein Staatsmann. Das zeigt die Rede, die Dr. Wirth in Bremen gehalten hat. Es sind klare, festumrissene Grundsätze, die er ausgesprochen hat. Grundzüge für unsere innere und äußere Politik, aber auch für alle jene außerhalb der deutschen Reichsgrenzen, die das Wort Demokratie nicht nur zum Schein und zur Täuschung im Munde führen. Wenn sich Dr. Wirth in seiner Bremer Rede an das Ausland gewandt hat, so tat er das nicht allein, um die deutschen Interessen zu vertreten, sondern um das Weltgewissen wieder in die rechten Bahnen zu leiten, von denen es durch den Krieg und den Gemaltesfrieden von Versailles recht weit abgetrennt worden ist. Die Welt wird augenblicklich von einer Koalition regiert, die noch unter dem Einfluß des Krieges ihre Entscheidungen fällt, Entscheidungen, die von den Siegern im Weltkrieg getroffen werden, ohne Rücksichtnahme auf jene, die unterliegen sind und nicht einmal auf jene, die außerhalb des Kampfes gelassen sind. Die oberste Gewalt dieser Koalition ist in die Hände des Obersten Rates gelegt, der jetzt wieder zusammenzutreten soll, um über das Schicksal Oberschlesiens zu entscheiden, das einen Prüfstein für die Festigkeit der Entente, aber auch dafür bilden wird, ob diese imstande bleibt, an die Stelle politischer Leidenschaft endlich wieder ruhige Überlegung und an die Stelle des Berettungsgebändens die Idee von Recht und Gerechtigkeit und den Gemeinschaftsgeanken treten zu lassen, also jene Ideen, auf denen sich einzig und allein die Bessergestaltung des politischen und wirtschaftlichen Lebens in der Zukunft aufbauen kann.

Dr. Wirth hat ernste Worte der Mahnung an Frankreich gerichtet, den Gogen nicht zu überspannen und den Gogen nicht zu vernachlässigen, den es durch seine bisherige Behandlung Deutschlands aufkommen ließ. Er hat noch ernstlichere Worte an die Adresse Polens gerichtet und sich nicht gehütet, die laute Klage gegen die Warschauer Regierung zu erheben, daß sie in ihrer politischen Leidenschaft und in ihrem grenzenlosen Hochmut die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen wollen. Diese politische politische Missions gefährdet die Ruhe Europas und der ganzen Welt, und die abseits der Gogen steht nur durch eine gerechte Lösung aus der Welt geschafft werden. Wodurch die Entente versuchen sie im Widerspruch mit der Volksstimmung nach den Wünschen Frankreichs und Polens zu lösen, so wird der Brandherd im Osten bestehen bleiben, der Europa und die Welt auf eine in Flammen setzen kann. Polen hofft durch die Beratung Deutschlands seinen wirtschaftlichen Bankrott hinterhalten zu können. Es findet dabei die verständnisvolle Unterstützung Frankreichs, das selbst nicht mehr imstande ist, aus eigener Kraft die nötige Energie zum Wiederaufbau aufzubringen. Das unterlegene und ausgelegte Deutschland soll dieses Wunder vollbringen, es soll der Nährboden für einen französischen Parasitismus werden. Wenn es nach dem Willen Frankreichs und Polens geht, dann wird auch hier die Entente versuchen, sie im Widerspruch mit der Volksstimmung nach den Wünschen Frankreichs und Polens zu lösen, so wird der Brandherd im Osten bestehen bleiben, der Europa und die Welt auf eine in Flammen setzen kann. Polen hofft durch die Beratung Deutschlands seinen wirtschaftlichen Bankrott hinterhalten zu können. Es findet dabei die verständnisvolle Unterstützung Frankreichs, das selbst nicht mehr imstande ist, aus eigener Kraft die nötige Energie zum Wiederaufbau aufzubringen. Das unterlegene und ausgelegte Deutschland soll dieses Wunder vollbringen, es soll der Nährboden für einen französischen Parasitismus werden. Wenn es nach dem Willen Frankreichs und Polens geht, dann wird auch hier die Entente versuchen, sie im Widerspruch mit der Volksstimmung nach den Wünschen Frankreichs und Polens zu lösen, so wird der Brandherd im Osten bestehen bleiben, der Europa und die Welt auf eine in Flammen setzen kann.

Saben das übrige Europa und die übrige Welt wirklich die Verpflichtung, die ganze Weltwirtschaft aus den Fugen geben zu lassen, lebendig Welt Frankreich nicht die Kraft über die Luft hat, sich in den Weltorganismus einzufügen wie es jedes Volk tun muß, das sich in seiner Kraft erhalten will? Der äußere Glang des Militarismus uns wird auf die Dauer Frankreich nicht vor dem Zusammenbruch bewahren können, wenn nicht ein tragfähiger wirtschaftlicher Untergrund vorhanden ist. Diesen kann Frankreich aber nur dadurch bekommen, daß es eine Politik der Werkündigung und der Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse betreibt.

Der Gedanke der europäischen Solidarität muß als Grundlage der demokratischen Entwicklung ganz Europas und die soziale und politische Freiheit aller Völker haben. Das muß auch nachgehend sein für die Befreiung der Entente über Oberschlesien. Sie ihre Hand in das Schicksal dieses Landes, aber auch die Zukunft Deutschlands und Europas und die Weiterentwicklung der Menschheit oder ihre Zurückdrängung auf dem Wege des kulturellen Aufstieges gelegt. Mögen sich die wenigen Männer, die am 8. August in Paris zusammentraten, um über Oberschlesien zu entscheiden, der Größe, aber auch der Gefährlichkeit der Aufgabe bewußt sein, deren Lösung in ihre Hand gegeben ist.

Der Entente-Schritt in Berlin.

Die Angelegenheit des Truppentransportes nach Oberschlesien hat nunmehr ihre Erledigung gefunden. Gestern mittag erschienen bei dem Reichsminister des Auswärtigen der französische Botschafter, der englische Botschafter und der italienische Gesandtsführer und überreichten die nachstehende, von den drei genannten Vertretern unterzeichnete Note:

Berlin, 3. August 1921.
Der Botschafter Frankreichs, der Botschafter Englands und der Gesandtsführer Italiens beehren sich im Auftrag ihrer Regierungen die deutsche Regierung zu ersuchen, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um durch alle möglichen Mittel den Transport alliierter Truppen durch Deutschland zu erleichtern, den die Lage in Oberschlesien in jedem Augenblick nötig machen könnte. Es wurde noch mündlich hinzugefügt, daß es sich hierbei nicht um ein Ersuchen handle, schon jetzt Truppen zu befördern, sondern um die grundsätzliche Bereitwilligkeit Deutschlands, dies auf eine spezielle Aufforderung der drei Mächte hin zu tun.

Der Reichsminister des Auswärtigen antwortete, daß dieses Verlangen dem seitens der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit eingenommenen Standpunkte entsprechende. Er erklärte sich bereit, in diesem Sinne mit dem Reichsverkehrsminister in Verbindung zu treten.

Ein deutscher Kommentar zur Truppentransportfrage.

Nachdem inzwischen in der Angelegenheit der Truppentransporte nach Oberschlesien in der ausländischen Presse Mitteilungen erschienen sind, die die Zwischenverhandlungen betreffen, und nachdem der Wortlaut eines Briefes veröffentlicht wurde, den der Reichsminister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in Berlin gerichtet hatte, sei nochmals im Zusammenhang auf die Entwicklung hingewiesen, die die Frage der Truppentransporte nach Oberschlesien genommen hat.

Bei der Uebergabe der französischen Note vom 16. Juli erhub der französische Botschafter neben anderen Forderungen auch die, Deutschland solle unverzüglich alle Vorkehrungen treffen, um den Durchgang alliierter Truppen durch Deutschland zu erleichtern. Ehe die deutsche Regierung die französische Note beantwortet hatte, wurde der französische Botschafter am 23. Juli bei dem Minister Rosen erneut vorstellig und verlangte, die deutsche Regierung solle bis zum gleichen Abend erklären, ob sie der Forderung bezüglich des Truppentransportes nachkommen wolle. Am Abend des gleichen Tages überreichte die deutsche Regierung zusammen mit der Antwort auf die französische Note vom 16. Juli ein Antwortschreiben des Reichsministers des Auswärtigen, dessen Inhalt der Öffentlichkeit bereits bekannt ist. In diesem Schreiben stellte sich die deutsche Regierung auf den Standpunkt, daß sie bereit sei, den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages in jeder Weise nachzukommen, daß sie aber zunächst um Mitteilung darüber bitten müsse, ob das Ersuchen der französischen Regierung in diesem Falle im Namen der drei Okkupationsmächte gestellt sei.

Am folgenden Tage nach Kenntnisnahme dieses Briefes erschien der französische Botschafter beim Reichskanzler, der ihn in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen empfing. Herr Laurent erklärte, daß die in dem Briefe des Ministers des Auswärtigen gegebene Antwort nicht genüge, und verlangte nochmals eine Erklärung der deutschen Regierung, ob sie auf Ersuchen der französischen Regierung französische Verärkungen nach Oberschlesien zu befördern bereit sei.

Hierauf wurde dem französischen Botschafter unter dem 25. Juli eine schriftliche Antwort erteilt. In dieser erklärte die deutsche Regierung, sie habe es im Hinblick auf die große Verantwortung, die sie mit ihrer Antwort auf die Forderung der französischen Regierung übernehme, für ihre Pflicht gehalten, ihrerseits bei den beteiligten Regierungen anzufragen, ob auch diese den Truppentransport nach Oberschlesien verlangen. Die deutsche Regierung machte in diesem Schreiben darauf aufmerksam, daß sie diesen Schritt als ein besonderes Zeichen ihrer absoluten Loyalität den Regierungen gegenüber betrachte, die in Oberschlesien die Okkupationsmacht ausüben, und knüpfte daran die Hoffnung, daß die französische Regierung die Motive, von denen die deutsche Regierung sich in dieser Frage leiten lassen werde, verstehen und würdigen werde. Da inzwischen die Ansicht ausgesprochen worden war, daß die Einfindung der britischen Verärkungen nach Oberschlesien im Mai dieses Jahres einen Präzedenzfall für die französische Forderung darstelle, leitete die deutsche Regierung gleichzeitig die Aufmerksamkeit auf die Note vom 5. Mai d. J., aus der sich zweifellos ergibt, daß die Entsendung der britischen Verärkungen nach Oberschlesien bei allen beteiligten Regierungen als gemeinsamer Schritt derselben von der deutschen Regierung beantragt worden sei. In den auf dies Schreiben folgenden Tagen wurde der deutschen Regierung bekannt, daß die Frage des Truppentransportes auf der demnächst stattfindenden Tagung des Obersten Rates behandelt und entschieden werden solle. Sie richtete deshalb an den französischen Botschafter ein weiteres Schreiben, in dem sie erneut erklärte, daß sie im Einklang mit dieser Auffassung über den Truppentransport die Entscheidung des Obersten Rates anerkennen werde. Auf diese Mitteilung des deutschen Standpunktes erfolgte der oben befanntgegebene Schritt der alliierten Regierungen, durch den die Angelegenheit nunmehr ihre Erledigung gefunden hat.

Die Sitzung des Obersten Rates.

Evening Standard zufolge gehen mit Lloyd George, Sir Edward Gripp, Sir Maurice Hankey, Mr. Davis und Lord Ribdel nach Paris, während Lord Curzon von Mr. Balfour mit Mr. Osborne von der Abteilung für Finanzen des Foreign Office begleitet sein wird. Lloyd George wird nur an dem Teil der Verhandlungen des Obersten Rates teilnehmen, der der Lösung der obereschlesischen Frage gilt, und wird sich im Laufe der nächsten Woche nach London zurückbegeben. Evening Standard hält es für sicher, daß die technischen Sachverständigen Englands, Frankreichs und Italiens einander diametral entgegengesetzte Vorschläge in der obereschlesischen Frage vorbringen werden. Daher sei eine Teilung in der Arbeit unmöglich.

Aus Oberschlesien.

Die Interalliierte Kommission sieht sich auf Grund des zunehmenden Verzors der Polen, besonders der Gewalttätigkeiten gegenüber Arbeitern endlich veranlaßt, im Interesse des Arbeitslebens folgendes anzuordnen:

Bei den Gruben und Werken im obereschlesischen Bergwerks- und Sältenbezirk ist es in letzter Zeit wiederholt zu Drohungen und Ausschreitungen gegen einzelne Beamte und Arbeitende gekommen. Dieser Zustand hat gewisse beachtliche Erfordernisse, die die Arbeitsmöglichkeit auf empfindliche Weise, ergeben. Für zukünftige Verordnungen und Körperverletzungen muß schwere Gefängnisstrafe verlangt werden, sobald einzelne Fälle zur Entscheidung gelangen. Man wird es begreiflich finden, daß im Interesse des obereschlesischen wirtschaftlichen Lebens alle Differenzen und Zwistigkeiten auf alle Fälle vermindert werden können.

Der Betriebsrat der Elektrizitätswerke in Ratibor beschloß, wie der Oberschles. Anz. meldet, den elektrischen Strom auch für Erneuerarbeit und landliche Vorkarbeiten solange zu sperren, bis die von den Landarbeitern zurückgehaltenen Kartoffeln auf dem Markt gebracht werden.

Die Vertagung des französischen Disputations-

Wie der Temps mittelt, sind durch die Reparationskommission Bestimmungen über die Verteilung der deutschen Zahlungen getroffen worden. England erhält 124 Millionen Goldmark, die am 1. Mai in der Rolle der Reparationskommission vorhanden waren, als Ersatz für seine Okkupationskosten. Auf den Betrag von 350 Millionen Goldmark, die Deutschland Abschlagszahlungen für die erste Milliarde beisteht geleistet hat, hat Belgien ein Vorzugsrecht zugunsten seiner Kriegsschuld, die auf zwei Milliarden Goldmark angesetzt wird. Belgien soll von allen Zahlungen Deutschlands die Summen erhalten, die in belgischen Franken, Dollars, Gold oder Beelen geleistet werden. Die in französischen Franken erlassenen Summen erhält Frankreich, die Zahlungen in Lire Italien. Die Restzahlung von etwa 650 Millionen Goldmark, die Deutschland am 31. August zu leisten hat, soll Belgien erhalten. Außerdem schweben Verhandlungen, wonach Belgien ferner alle Zahlungen erhalten soll, die in anderen Pfand erfolgen.

Gegen den Versailler Frieden.

Aus New York wird berichtet, daß Lord Bryce Rede im politischen Institut, in der er den Friedensvertrag von Versailles anknüpfte, in der amerikanischen Presse große Beachtung findet. Besonders hervorgerufen wird die Erklärung, daß der Friedensvertrag von Versailles nur den Reim für künftige Kriege gelegt habe.

Soziale Gemeinwirtschaft.

In dem soeben erschienenen Kommentar zum sozialdemokratischen Programmwurf, in dem Heinrich Cunow die theoretische Einleitung, Robert Schmidt die wirtschaftspolitischen und die agrarpolitischen Forderungen beibringt, wird ein Gegenüberstand zu den wirtschaftspolitischen Forderungen der Arbeiterbewegung, der von Rudolf Hilferding und Richard Woblt herrührt und folgenden Wortlaut hat:

1. Die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie wird von dem leitenden Grundgedanken getragen, das Interesse des einzelnen oder einzelner Erwerbsgruppen voranzustellen. Ihr Ziel ist die sozialistische Gemeinwirtschaft.

2. Die sozialistische Gemeinwirtschaft erstrebt wirtschaftspolitisch die Abschaffung aller Klassenverordnungen, die Ausgestaltung des kapitalistischen Privatbesitzes und der Ausbeutung jeder Art menschlicher Arbeit.

3. Um dieses Ziel zu erreichen, sind alle Maßnahmen zur Leistungssteigerung der Wirtschaft in der Ausnutzung der Volksgüter, der Ausgestaltung der Betriebsmittel und der organisatorischen Verbesserung der Gesamtwirtschaft bis zum höchsten Wirkungsgrad zu fördern. Vor allen Dingen soll der Mensch in seiner Arbeitskraft vernünftig, d. h. sozial ausgewertet werden. Der rationale Arbeitswirtschaft haben eine soziale Menschendynamik entgegenzusetzen.

4. Der Weg zu diesem Ideal ist eine Demokratisierung von unten, ein gelittiges, laßliches und schaffendes Sineinwirken auch der Arbeitnehmer in den Aufbau einer Wirtschaft, die für und durch die Allgemeinheit organisiert werden muß.

5. In der Produktion hat die Wirtschaftsdemokratie einzuwirken bei der Tätigkeit der Gewerkschaften und den damit

